

Bundestagswahl 2013: Das Problem der Glaubwürdigkeit

von Kai Burmeister und Stefan Stache



☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

Foto: © Joachim E. Roettgers GRAFFITI



☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Foto: ©Thilo Nass

An Tagen wie diesen. Während konservative Granden in Anzug und Krawatte zu den Toten Hosen wippten, stand eine Konsequenz aus dem zweitschlechtesten Bundestagswahlergebnis der SPD längst fest: Fraktionsführer haben es eilig und lassen sich gleich in der ersten Fraktionssitzung bestätigen. Der Peer bleibt selbstverständlich „an Bord“, auf der Brücke der Sondierungsgespräche mit CDU/CSU. Und sonst? Eine Wahlanalyse soll es geben. Aber was wäre von ihr im Falle einer großen Koalition zu erwarten?

Auch in linken Medien kommen angesichts der fast absoluten Mehrheit Vergleiche Merkels mit Adenauer auf. Aber ist ihre Partei tatsächlich so stark? Sie ist es – und sie ist es nicht. Sicher hat sie – neben der Schwäche der FDP – von einer relativen Stabilisierung der industriellen Kerne in Deutschland profitiert. Paradoxerweise waren es arbeitsmarktpolitische Stoßdämpfer aus der Zeit der letzten großen Koalition, wie die Kurzarbeit oder die Nachfrage stützende Konjunkturpakete, welche die Folgen der Krise für einen Teil der Beschäftigten abfederten. Diese relative Stabilisierung wurde jedoch bis heute nicht der SPD zugeschrieben. Dagegen konnte Merkel

diskursiv an die Erzählung der Exportnation Deutschland anknüpfen, die nun alles in allem aufgrund wirtschaftlicher Stärke gut durch die Krise gekommen sei. Bereits auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise hatte Merkel dieses Narrativ in den Mittelpunkt gestellt. Es bestehe also kein Anlass, von den scheinbar erfolversprechenden Grundlinien ihrer Wirtschaftspolitik abzuweichen. Ihre depolitisierende Aussage im Wahlkampf, es ginge den Menschen doch besser als vor vier Jahren, war für viele verständlicher und mancher kritischen Debatte überlegen. Damit sprach sie die Hoffnung an, dass sich zumindest der soziale status quo nicht ändere – trotz erlebter Unsicherheit. Indirekt appellierte sie an den Leistungsethos der Arbeitnehmermilieus und deren Strategien zur Krisenbewältigung.

Das Vermächtnis der Schröder-Ära

Doch das ist nur eine Seite der Arena. Im Kern beruht der konservative Triumph auf der anhaltenden Glaubwürdigkeitskrise der SPD. Die Partei konnte die Wähler des eigenen Lagers nicht im nötigen Maß mobilisieren. Diese Mobilisierung ist entscheidend, da zwischen den politischen Lagern kaum

ein Austausch von Stimmen stattfindet. Eine Mehrheit der Bevölkerung nimmt die Schief-lagen sozialer Gerechtigkeit wahr und würde die Forderungen des SPD-Regierungspro-gramms unterstützen. Doch viele der mög-lichen Wähler misstrauen der Partei noch immer. Die tiefe Verunsicherung ist eine Hin-terlassenschaft der Schröder-Ära. Jahrelang bediente die SPD aus der Regierung ganze Diskurswelten wie z.B. die der gerechten Ver-teilung und sozialen Regulierung kaum. Viel-mehr störte oder kappte sie die Verbindung zum eigenen Lager durch die Übernahme neoliberaler Diskurse wie z.B. des „schlan-ken Staates“ oder der „Eigenverantwortung“. Lediglich eine knappe Mehrheit der Wahlbe-rechtigten verneinte lt. DeutschlandTrend im Mai 2011 die Aussage, die SPD sei eine Partei, auf die man sich nicht verlassen könne. Zu-gleich stimmten jedoch 75 Prozent der Aus-sage nicht zu, sie sei eine Partei, von der man genau wisse, wofür sie stehe.

Widersprüchliche Botschaften

Nach ihrer bisher härtesten Wahl-nieder-lage bei der Bundestagswahl 2009 unterzog die Partei grundlegende Elemente der Agen-da 2010 einer Revision. Für diese program-matische Neuorientierung stehen vor allem die Beschlüsse „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“. In den Ländern konnte die SPD mehrere Wahl-erfolge und Regierungswechsel verbuchen, wenn auch mit teilweise mageren Zugewin-nen. Noch immer bremste die verkrampte Bewertung der zweiten rot-grünen Bundes-regierung die Rückgewinnung von Vertrau-en. Diese bisher unaufgelöste Debatte zog sich durch zahlreiche Stellungnahmen bis in den Bundestagswahlkampf 2013 hinein. Die diskursiven Widersprüche zwischen Politik für mehr Gerechtigkeit und Lob der markt-liberalen Agenda 2010 wurden nicht ausge-fochten, sondern im Regierungsprogramm fixiert: In der Einleitung gepriesen, wurde sie im Forderungsteil revidiert. Die Gleichzeitig-keit der unterschiedlichen Diskurse verstan-

den viele Wähler nicht oder interpretierten sie als mangelnde Verlässlichkeit.

An der Türschwelle lassen sich solche Brü-che nicht freundlich wegdiskutieren. Dass es in dieser Debatte nicht um Semantiken geht, belegen besonders Wahlergebnisse der SPD bei SGB-II-Empfängern. Sofern sie nicht an das Nichtwählerlager verloren gingen, wech-selten sie bereits seit Mitte der 2000er Jahre zu der Partei Die Linke. Viele der ehemaligen Wähler sehen heute die SPD als eine Partei der sozialen Gewinner, die weniger Privile-gierte nicht mehr vertritt.

Zudem befindet sich die SPD auf Bundes-ebene in einem Dilemma: Verlorenes Ver-trauen kann sie nur zurückgewinnen, wenn sie den programmatischen Worten auch Taten folgen lässt. Aus der Opposition her-aus ist das offensichtlich schwierig. Die zum Teil sichtbaren Erfolge in den Ländern konn-ten bislang nicht als ausreichende Gewähr für eine Neuausrichtung der SPD etabliert werden.

Eine unklare Haltung in der europäischen Krisenpolitik, die einerseits die Bundesregie-rung im Parlament unterstützte und sich andererseits abzugrenzen suchte, musste im Wahlkampf verpuffen. In der Europapoli-tik versperrt der Widerspruch zwischen der Zustimmung zum Fiskalpakt und Schulden-bremse auf der einen und der Forderung nach konjunkturbelebenden Investitionen auf der anderen Seite den Entwurf eines nachhaltigeren ökonomischen Pfades. Von dieser Schwäche hat die AfD profitiert. Von ihr geht eine besondere Gefahr aus, weil sie in unterschiedliche Milieus hineinwirkt. Die Partei knüpft sowohl an fremdenfeindliche Einstellungen wie an den Mythos der erfolg-reichen D-Mark an. Ohne eine konsistente Kritik der marktliberalen Sparpolitik und ih-rer ökonomischen und sozialen Folgen, ein lautes „Europa geht anders!“, ohne eine Stra-tegie für eine nachhaltige Ökonomie durch

die politische Linke, ist der weitere Aufstieg der AfD wahrscheinlich.

Zwischen Klartext und Mobilisierungsbremse

Der Plan, ein bekannter Akteur der letzten großen Koalition könne über seine Reputation den neuen Kurs verkörpern und gleichzeitig den Konservativen ihre vermeintliche Wirtschaftskompetenz streitig machen, ging nicht auf. Eher war Peer Steinbrück Ausdruck unbewältigter Debatten. In den Augen der Wählerklientel stand er nicht für den neuen Kurs des „Wir“. Zu schnell hatte sich der politische Wechsel seiner Aussagen vollzogen. Die Debatten um seine Vortragsreisen und die Pannen des Klartext-Wahlkampfes zeichneten das Bild eines Managertypus, der in Wahrheit auf autoritäre Selbstdarstellung und Durchsetzung statt auf Dialog setzt. Sie untergruben selbst den Nimbus des seriösen Fachmanns. Weder das unerwartet erfolgreiche Kandidatenduell noch die emsigen Hausbesuche konnten diese Vertrauensdefizite überbrücken, sondern nur etwas Boden gut machen.

Mit der Entscheidung, keine reale Machtoption anzubieten, zogen SPD und Grüne die Mobilisierungsbremse. Ohne glaubwürdige Machtoption verfestigte sich die Überzeugung der eigenen Wählerklientel, ihre Stimmabgabe habe keine entscheidende Bedeutung. Seit der Bundestagswahl 2005 sind die Ergebnisse des linken Lagers von 51 Prozent auf 48,3 im Jahr 2009 und nun auf 42,7 Prozent geschrumpft. Im gleichen Zeitraum sank die Wahlbeteiligung zu Lasten des linken Lagers von 77,7 dramatisch auf 70,8 Prozent ab und konnte sich 2013 nur leicht auf 71,5 Prozent erhöhen. Dagegen ist das rechte Lager gestärkt aus der Wahl hervorgegangen, wenn die Ergebnisse der FDP und der AfD hinzugerechnet werden.

Im Westen erreichte Die Linke trotz ihrer hohen bundesweiten Verluste infolge destruktiver Strömungsauseinandersetzungen durchschnittlich über fünf Prozent. Außer in Baden-Württemberg und Bayern konnte sie die Hürde überall teils deutlich überspringen. Das entlarvt die Einschätzung, die Partei würde im Westen verschwinden, als Wunschdenken. Im Osten führten die Schwäche der SPD und die Konkurrenz um Stimmen mit Die Linke dazu, dass die politische Landkarte der Wahlkreise trotz einer Mehrheit des linken Lagers schwarz gefärbt wurde.

Rot-Grün war kein gesellschaftliches Projekt, sondern eine bloße Absichtserklärung zweier Parteien, die keine ausreichende Bindekraft entfaltete. Letztlich vermochte es keine der Parteien im Linken Lager, ihre Themen der Gerechtigkeit und der Energiewende wirksam zu setzen. Es fehlte, von der Geheimdienstaffäre abgesehen, an kritischen Ereignissen, die als Katalysator einer Polarisierung zwischen den Lagern dienen konnten.

Am Wendepunkt

Sowohl für die SPD als auch für das linke Lager als Ganzes stellt die Frage der Regierungsbeteiligung einen Wendepunkt dar. Die Skepsis der Mehrheit der Parteimitglieder gegenüber einer großen Koalition ist alles andere als unberechtigt. Sie speist sich aus der jüngsten Erfahrung, kaum die eigenen Kernforderungen durchsetzen zu können und für die eignen Wählermilieus nicht erkennbar zu sein. Schritte zu einem sozial-ökologischen Pfadwechsel sind im Korsett einer solchen Machtkonstellation angesichts der Stärke der Unionsparteien weitgehend blockiert. Im Gegenteil: Wie real die Gefahr eines programmatischen roll-back ist, zeigt die Äußerung des Parteivorsitzenden, Steuererhöhungen seien kein Selbstzweck. Schon jetzt gibt er damit taktisch verbrämt zu verstehen, dass die SPD sich aus der Verteilungsdebatte

zurückziehen könnte. Zudem hat die konservative Parteiströmung kaum ein Interesse an einer alternativen politischen Konstellation, da sie darin deutlich geschwächt würde.

Auf Druck der Basisgliederungen und der SPD-regierten Länder, die dringend finanzielle Mittel für Investitionen benötigen und um ihre Handlungsfähigkeit fürchten, beschloss der erste Parteikonvent eine Mitgliederbefragung. Doch die Debatte krankt schon jetzt an einer vermeintlichen Alternativlosigkeit zwischen großer Koalition und Neuwahlen, die von der Parteispitze ebenfalls ausgeschlossen wurden. Soll die Mitgliederbefragung nicht zum Absegnungsinstrument werden, muß die Parteilinke den Gang in die Opposition als ebenso legitime Alternative in der Debatte vertreten. Vereinzelt werden in der Partei Überlegungen diskutiert, im Falle einer großen Koalition wechselnde Mehrheiten in einigen Sachfragen zu ermöglichen. Auch wenn sich die Konservativen kaum darauf einlassen werden, sind Debatten um die Stärkung der Abgeordneten anstelle der eingefahrenen Koalitionsklausel ein Gewinn für die Demokratie.

Es war der Parteivorsitzende selbst, der die Beschlüsse des jüngsten Parteikonvents als unverzichtbare Voraussetzungen einer großen Koalition qualifiziert hatte. Der Forderungskatalog greift zentrale Bestandteile des Wahlprogramms auf. Zudem gelang es der Linken und einzelnen Landesverbänden, den Ursprungsentwurf zu erweitern. Doch abgesehen davon, dass die Ziele des Regierungsprogramms weit darüber hinausreichen, macht ein schlichter Abgleich grober Orientierungen und Überschriften noch lange keine kritische Bewertung. Entscheidend ist, wie die Forderungen, z.B. nach Mindestlohn oder die Finanzierung der Investitionen, konkret ausgestaltet sind. Hier gilt es, sehr genau hinzusehen und die Kritik breit zu debattieren. Denn der politische Einsatz für eine schwache Gestaltungsposition

wäre zu hoch. Ohne deutliche Fortschritte in den Feldern Verteilungsgerechtigkeit, Gute Arbeit, Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Bildung, auskömmliche Rente, gerechter ökologischer Umbau, soziales Europa, Gleichstellung sowie Integration, wird die SPD kein Vertrauen gewinnen und das mühsam zurückerlangte wieder verspielen. Eine Regierungsbeteiligung ohne progressive Substanz würde aber nicht nur der SPD schaden, sondern die Mehrheitsfähigkeit der gesamten Linken dauerhaft verbauen.

Zur Zeit ist damit zu rechnen, dass das Land in den nächsten Jahren von einer Großen Koalition regiert werden wird. Wie die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen dastehen wird, ist offen. Die Aufgaben unseres Zusammenhangs sind anders gelagert. Es geht uns um eine tatsächliche Mehrheitsfähigkeit für linke Politik und gerechtes Wirtschaften. Jenseits von Koalitionsfragen wird spw in der politischen Linken sowohl crossover-Diskurse mit radikalreformerischen Akteuren als auch die verschiedenen Debattenstränge um „Die gute Gesellschaft“ und den „Kurswechsel“ und sozial-ökologische Reformprojekte weiterführen. Angesichts der Krise Europas ist es klar, dass alle Politikentwürfe im europäischen Maßstab erdacht und debattiert werden müssen. Die Europäisierung unserer Debatten – auch im Sinne der offensiven Auseinandersetzung mit der rechten Europakritik – ist eine wichtige Ausgangsbedingung, um eine große Erzählung beginnen zu können. Es gibt für spw damit viel zu tun. ■